

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,80 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Kurt Nothen 2995 und 2996.

Jahreslohn für die achtjährige, unregelmäßige oder deren Name 80 Pf., kleine Anzeigen das halbjährliche Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Kurzerzählung 50 Pf., Adressen- und Verordnungsanzeigen 10 Pf. der Aufschrift frei. Jahreslohn für den demnachfolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Kurt Nothen 9768.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Das Abkommen über Danzig.

## Eine Lodipielgeschichte.

Ein Vorwand zur Verlängerung des Belagerungszustandes.

Unter dem Titel „Seplante Militärrevolte“ verbreitet das halbamtliche Wolffsche Bureau folgende Schauererzählung:

In mehreren Städten ist in der letzten Zeit der Versuch gemacht worden, militärische Formationen für eine im April vorzunehmende Militärrevolte zum Zweck des Sturzes der Regierung, der Sprengung der Nationalversammlung und der Ausrufung der Räterepublik zu gewinnen. So fanden in Magdeburg und Berlin Besprechungen statt, an denen neben Soldaten Mitglieder der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten teilgenommen haben. In erster Linie sollten die Soldaten des Magdeburger 4. Armeekorps, dessen Zentralrat an den Erhebungen beteiligt war, und Formationen des 21. und 16. Armeekorps an dem Unternehmen beteiligt sein. Die beiden letzten Armeekorps hatten früher ihren Standort in Posen. Die Regimenter demobilisierten in Orten, die im Bezirk des 4. Armeekorps liegen. Die Besatzung ist nicht immer gut untergebracht, die Unteroffiziere sind wegen ihrer Zukunft besorgt, die vorhandene Unzufriedenheit wollten verwerfliche Deutlichkeiten ausnutzen, indem sie den politisch und wirtschaftlich wenig erfahrenen Soldaten klar zu machen suchten, es sei nur nötig, die Regierung zu stürzen, um ihnen eine angenehme Zukunft zu garantieren. Das hat sie zu einem gewissen Grade bei einer Anzahl Soldaten bewirkt, da ihnen der Erfolg als ganz sicher in Aussicht gestellt war. Nachdem in Magdeburg der Plan erörtert worden war, ist in den letzten Tagen von den Verschwörern (hauptsächlich in Berlin bei Truppenteilen der Versuch gemacht worden, sie zur Teilnahme an dem Putsch zu gewinnen.

Der Plan ist der Regierung in seinen Hauptteilen bekannt. Für alle Fälle hat der Reichswehrminister als Oberkommandierender Befehlsbefugnisse getroffen, durch die gewährleistet wird, daß jeder Erhebungsversuch auf das nachdrücklichste unterdrückt werden kann.

Soweit der Schauerroman. Es ist übliche Sache noch ältester Spindelgarn. Zuerst wird der brave Bürger in den gehörigen Schreck gejagt, dann kommt die Beruhigung: Der Regierung ist alles bekannt. Roske Bonaparte hat alles Nötige prompt verordnet. Die Vaterland kannst ruhig sein, der große Mann macht unablässig.

Er macht für die Bourgeoisie und hecht gegen die Arbeiterschaft!

Es ist unerhört, daß die Regierung die infame Pogromhege gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, die von ihr recht nahestehenden Offizierkreisen im Verein mit der nationalistischen Presse sehr systematisch und intensiv betrieben wird, jetzt amtlich unterstützt!

Sie muß wissen, daß diese Hege benutzt darauf hinausgeht, bei nächster Gelegenheit mit den Unabhängigen genau so verfahren zu können, wie man mit Liebknecht und Luxemburg und den vielen anderen verfahren ist, die das Opfer der Pogromhege gegen die Spartakisten geworden sind. Und das unterstützt der Roske!

Er unterstützt es auch deshalb, weil er unbedingt einen Vorwand zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes braucht. Ohne den kann ja diese Regierung der „vollendeten Demokratie“ überhaupt nicht mehr regieren! Nun ist es vielleicht sogar diesen famosen Sozialisten etwas peinlich, den Belagerungszustand zu verlängern in der Zeit des Internationalen Frauentages, des Rätekongresses und der Waise. Da stellt sie zur rechten Zeit eine solche Räubererzählung ein.

Wir sind nur neugierig, wer denn die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie sind? Die Regierung weiß doch alles. Warum teilt sie uns die Namen nicht mit? Sie hat sie doch sicher schon hinter Schloß und Riegel? Wir möchten doch gern auch etwas von „unserer“ Verschwörung wissen!

Mit dieser Hege hat die Regierung den bisher tiefsten Punkt erreicht. Alle Methoden der schlimmsten Zeit des Sozialistengeheges sind erneuert, sind überholt. Denn diese Richtung

von Brutalität und Verblöde haben die Vorbilder nicht erreicht. Damals wurden die Sozialisten gehebt, verbannt, ins Gefängnis geworfen. Lösschlagen läßt sie erst die sozialistische Regierung!

## Keine Landung in Danzig.

Berlin, 4. April.

Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das Abkommen über die Frage des Durchzuges polnischer Truppen durch deutsches Gebiet ist heute abend 7 1/2 Uhr vom Reichsminister Erberger und Marschall Hoch in Spaa unterzeichnet worden.

Die Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß eine Landung in Danzig nicht stattfindet. Vor der Unterzeichnung des Protokolls hat Reichsminister Erberger die Erklärung abgegeben, daß die Auffassung der Entente über den Artikel XVI des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918, wonach sich aus dem Artikel für Deutschland die Verpflichtung ergebe, auch die Truppen des Generals Saller über Danzig nach Polen durchzumarschieren zu lassen, sich nicht mit der Auffassung der deutschen Regierung deckt. Ferner hat Reichsminister Erberger vor der Unterzeichnung bei Marschall Hoch beantragt, und die Zusage erhalten, daß Marschall Hoch, weil er für Schiffsfahrtsfragen nicht zuständig ist, bei den ausländischen englischen Schiffsfahrtsbehörden empfehlen wird, für die Dauer des Durchzuges polnischer Truppen durch deutsches Gebiet die deutsche Küstenfahrtsfreiheit freizugeben.

Das Abkommen, das, wie nach den bereits gegebenen Meldungen der Waffenstillstandskommission anzunehmen war, ein Kompromiß darstellt zwischen der Deutschen Auffassung und dem Standpunkt der Entente, hat folgenden Wortlaut:

I. Aus dem Artikel XVI des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 ergibt sich für Deutschland die Verpflichtung, den Durchmarsch alliierter Streitkräfte über Danzig zuzulassen und infolgedessen nach der Auffassung der Alliierten auch der Truppen des Generals Saller.

II. Die deutsche Regierung hat folgende neue Transportwege vorgeschlagen:

- 1. von Stettin über Kreuz, Richtung Posen-Warschau,
2. von Hela-Königsberg und Memel über Rastenburg-Gesau,
3. über Koblentz-Gleichen-Rosel-Galle-Osternburg und über Frankfurt/Main-Wehr-Erfurt-Leipzig-Eilenburg, dann weiter über Rastenburg-Bitsch-Kahlis.

III. Die deutsche Regierung gewährleistet die vollkommene Sicherheit dieser Transportwege. Auf der Gegenseite werden Maßnahmen ergriffen werden, damit bei auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Anlaß in der Bevölkerung hervorzurufen könnte.

Die Transporte werden gegen den 15. April beginnen und ungefähr zwei Monate dauern.

Die beschriebenen polnischen Truppen sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung gemäß Artikel XVI des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 bestimmt.

IV. Die Durchführung der Transporte wird durch einen Zusatzvertrag zu diesem Protokoll geregelt.

V. Sollten bei dem Transport über die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Verkehrswegen ernstliche Schwierigkeiten entstehen, welche die deutsche Regierung, nachdem sie von den alliierten und assoziierten Regierungen benachrichtigt ist, nicht zu beseitigen vermag, so behält sich Marschall Hoch, der Oberkommandierende der alliierten Armeen, das Recht vor, auf die Transporte zurückzukommen, die im Artikel XVI des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November vorgesehene sind, und zwar nach Ausschließungsbestimmungen mit allen Garantien, die durch die Internationale Permanente Waffenstillstandskommission festgesetzt sind.

## Die Protestbewegung in Frankreich.

Berlin, 4. April. „Journal du Peuple“ vom 2. April teilt mit, daß die sozialistischen Organisationen fast aller Industriebezirke bereits Protestversammlungen gegen den Freispruch Villains abgehalten haben. Nur Sonntag sei eine große Demonstration in Paris geplant. In Carmaux sind 6000 Bergarbeiter in Anstaltsstreik ausgerufen.

## Die Flucht Wilhelms Hohenzollern.

Die „Deutsche Zeit“ hat kürzlich Briefe des ehemaligen Kaisers und Kronprinzen veröffentlicht, die sie zu einem Rechtfertigungsversuch dieser Herren benutzen wollte. Die entscheidenden Vorgänge, die zur Flucht geführt haben, erfahren aber eine viel eingehendere, wenn auch subjektiv gefärbte Beleuchtung durch eine Denkschrift, die Graf Schulenburg, Generalmajor und Chef des Generalstabs der S. A. B., verfaßt hat. Sie trägt das Datum vom 7. Dezember 1918 und enthält auch die beiden veröffentlichten Briefe. Interessant ist dabei, daß Graf Schulenburg, dessen Bestimmung aus der Denkschrift zur Genüge hervorgeht, gegenwärtig bei der Organisation der Freikorps eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Lassen wir jetzt den Grafen berichten:

L.

Am 2. November 1918 vormittags traf ich in Spa ein, wo ich im Generalstab überall eine niedergedrückte, fast kaffische Stimmung fand. Es waren dort von allen Armeen Divisionen, Brigade- und Regimentskommandeure eingetroffen, die über die Stimmung im Heere berichten sollten. Der Feldmarschall hatte diesen in einer Ansprache mitgeteilt, daß in Deutschland die Revolution ausgebrochen, alle Bahnen, Telegraphen, Verpflegungsdepots und Rheinbrücken in den Hand der Aufständischen seien. Er sagte die größte Befürchtung, daß das Heer, dessen Verpflegung schon auf das knappe beschränkt sei, verhungern, wenn die Aufständischen dem Heer die Verpflegung sperren. Die Truppenkommandeure würden das Wort abgeben, daß das Heer als Ganzes zu einem Bürgerkrieg nicht zu haben sei. So ist es vorher auch gekommen.

Ich war im Vorraum die Generale v. Bieffen und Marschall, die mir sagten, daß der Feldmarschall und Croener sehr zum Kaiser heraufziehen, um ihm die Notwendigkeit seiner Abdankung (sofortigen) darzulegen. Ich antwortete ihnen: „Der Feld marschall hat mich nicht zum Kaiser, das Heer steht zum Kaiser!“ Beide nahmen mich darauf mit zum Kaiser.

Am der Konferenz beim Kaiser nahmen teil: Feldmarschall Hindenburg, die Generale v. Bieffen, Marschall, Croener, Eggeling v. Hingé, Herr v. Grünau (vom Auswärtigen Amt), Major Niemann (O. S. L.) und ich. Der Feldmarschall sagte zum Kaiser, daß er ihn um seine Entlassung bitten müsse, da er das, was er zu sagen hätte, als preußischer Offizier seinem Könige nicht sagen könnte. Hierauf antwortete der Kaiser: „Wir wollen erst mal sehen.“

Croener führte darauf in einem längeren Vortrag aus, daß die Lage des Heeres eine verzweifelte sei, Deutschland in der Hand des Anstürzes, Gefechtsgruppen an den verschiedensten Stellen zu den Aufständischen übergeben, Bahnen, Telegraphen, Rheinbrücken und alle Verpflegungsdepots in der Heimat in ihrer Hand, Rastenburg, Wehr, Eilenburg, Erfurt, Leipzig, Chemnitz, Berlin drohe jeden Augenblick der Bürgerkrieg auszubrechen. Das Heer habe nur noch für wenige Tage Verpflegung und man müsse mit einer Hungerkatastrophe im Heere rechnen. Das Heer sei nicht mehr zuverlässig. Es sei ganz ausgeschlossen, in dieser Lage mit dem Heere im Rücken mit dem geschlossenen Heere weiter zu machen, um es in die verschiedensten Richtungen zum Bürgerkrieg nach Deutschland zu führen. Nach seiner und des Feldmarschalls Ansicht, der auch alle seine Abteilungs- und ebenfalls der Generalquartiermeister, General-Jutantant und Chef des Eisenbahnwesens beitrugen, läge die einzige Rettung des Vaterlandes in der sofortigen Abdankung des Kaisers.

Seine Majestät forderte mich darauf auf, meine Ansicht zu äußern. Ich sagte etwa folgendes aus: „Die Truppen der Heeresgruppe Kronprinz haben sich in der verschiedensten Richtung ganz ausgezeichnet geschlagen und trotz Überanstrengung und übermenschlichen Anstrengungen den höchsten Widerstand geleistet. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß die Waise noch fest in der Hand ihrer Führer ist. Jetzt sind sie in ihren geschickten Reihen erschöpft und übermüdet und haben sie nur den einen Wunsch nach Waffenstillstand und nach Ruhe. Ich bitte einmal eingetreten, so wird es außerordentlich schwer sein, die Truppen wieder zum Kampfe mit dem Feind zu bekommen; haben sie aber einige Tage Ruhe, Zeit zum Entlaufen und zum Ausruhen, können sie unter Dach und Fach untergebracht werden und sich aufrichten, wird den Regimentskommandeuren die Möglichkeit gegeben, ihre Leute wieder in die Hand zu nehmen und auf sie einzuwirken, so ist es heute noch sicher, daß die Truppen noch weiter in der Hand ihrer Führer sind und daß sich die



den Bergarbeitern und den Besonderehären, andererseits zwischen den Bergarbeitern und der kapitalistischen „Regierung“ vorhanden zu müssen, sich an den Zentralrat zu wenden.“ (Mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.)

„Die revolutionären Bergarbeiter des Ruhrreviers fordern die revolutionären Bergarbeiter Mitteldeutschlands und Schlesiens auf, sich mit den streikenden Bergarbeitern des Ruhrreviers solidarisch zu erklären.“ (Einstimmig angenommen.)

Die Konferenz beschließt, daß, falls bis Mittwoch, den 3. April 1919, mittags 12 Uhr die Forderungen der Bergarbeiter nicht restlos bewilligt sind, die Kopfarbeiten nicht mehr auszuführen.“ (Einstimmig angenommen.)

Die Konferenz spricht denen, die sich für die Regierungstruppen haben anwerben lassen, ihre tiefste Verachtung aus und beschließt, dafür Sorge zu tragen, daß dieselben künftig auf keinem Werke angestellt werden. Sie sollen gemieden werden wie die Pest.“ (Einstimmig angenommen.)

Bis heute nachmittag 5 Uhr wurden 215 Schachtanlagen mit 345 000 Mann Streikhaft als im Generalstreik befindlich gemeldet. Es ist anzunehmen, daß vor den nach zum Teil arbeitenden 35 Schächtern weitere Streikmaßnahmen in den nächsten Stunden eintreten. Die Arbeiter der Krupp'schen Werke in Essen haben sich sämtlich ohne Ausnahme (mehr als 10 000 Mann) dem Generalstreik angeschlossen und sich mit den Forderungen der Bergarbeiterschaft solidarisch erklärt.

Der Zentralrat (Reiner-Kommission), Essen, Theaterstraße 18. (Tel. Essen 1001.)

## Artilleriekampf in Württemberg.

Stuttgart, 4. April.

Am 3. April, 9.45 Uhr abends wird gemeldet: Am 3. April, abends, Kampf gegen etwa 400 Spartakisten, die sich auf der Bergstraße zwischen Gaisburg und Wangen festgesetzt, dort Schützengraben ausgehoben und 8-10 Maschinengewehre aufgestellt hatten; ihre Stützpunkte an den Hängen wurden mit Artilleriefeuer belegt. Auf der Ulmer Straße Gaisburg-Wangen lag hartes Feuer der Spartakisten, bei dem ein Kind getötet und ein zweites Kind sowie ein Polter der Sicherheitskompanie schwer verwundet wurden. Ein Waffenlager in Waldheim bei Wangen, in dem auch Maschinengewehre waren, wurde ausgehoben. 7.30 Uhr abends fielen Schüsse aus den Häusern beim Wilhelmsturm gegen die dort aufgestellten Sicherheitskompanieposten. Bei dem sich hieraus entwickelnden Gewehrfeuer wurden zwei Einwohner, die sich trotz der wiederholten Warnungen auf der Straße unterhalten hatten, tödlich getroffen. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen wird im Bunde außer in Stuttgart, Böblingen, Ehlingen und Rüdningen überall gearbeitet. Versuche der Spartakisten, in Ulm einen Generalstreik zu organisieren, scheiterten. Der Vorort Wangen wird heute nach Waffendurchsuchung. Bis jetzt sind 16 Tote, darunter 2 Angehörige der Regierungstruppen gemeldet. Verwundet sind 41 Personen. Das außerordentliche Kriegsgericht hat gestern keine Tätigkeit ausgenommen und in mehreren Fällen schwere Strafen ausgesprochen. Die Regierung hat beschlossen, daß diejenigen Personen, die gegen ihren Willen in den Streik gezeiten sind, für die Streiklage keine Bezahlung erhalten.

## Gewalt, aber keine Verhandlung!

Aus Stuttgart wird offiziell gemeldet: Gestreikt wird noch in Stuttgart, Ehlingen, Uerzingen und Böblingen. In allen anderen Orten wird gearbeitet. Das Aktionskomitee und das Streikkomitee in Stuttgart haben Freitag mittag bei der Regierung angefragt, ob sie zu Verhandlungen bereit sei. Die Regierung hat die Verhandlungen abgelehnt. Es wird gehofft, daß spätestens Montag die Arbeit wieder allgemein aufgenommen wird. Im großen und ganzen ist der Generalstreik gedrochen. Zu weiteren Anzeichen größerer Art ist es nicht mehr gekommen.

## Die Lage in Stuttgart.

Stuttgart, 4. April.

Ueber die Wiederaufnahme der Arbeit schweben zur Zeit noch Verhandlungen. Post, Eisenbahn und Straßenverkehr ruhen noch. Auch der bürgerliche Abwehrstreik dauert noch fort. Es erscheint deshalb auch nur die rechtssozialistische „Schwäbische Tagwacht“. Nach den polizeilichen Feststellungen betrug in Groß-Stuttgart die Zahl der Opfer bei den bisherigen Straßenkämpfen 15 Tote und 40 bis 50 Verwundete.

## Aus Ungarn.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Budapest, 4. April.

Der Volksbeauftragte für das Heerwesen, Joseph Bogany hat seinen Rücktritt angemeldet, der von der Räteregierung nach langer Beratung angenommen wurde. Aus Anlaß dieses Personalwechsels zog eine Gruppe von Soldaten vor das Gebäude des Volkskommissariats für das Heerwesen. Ein Teil der Soldaten, aus kleineren Arbeitergruppen, die sich ihnen angeschlossen hatten, zeigten eine drohende Haltung gegen Bogany. Anwesende Mitglieder der Räteregierung sowie die Führer der Soldaten nahmen sofort Stellung gegen die durch falsche Gerüchte veranlaßte Kundgebung. Es gelang ihnen, die Demonstration von der Notwendigkeit der revolutionären Disziplin zu überzeugen. Die Menge zog unter färmlichen Quälen für die Räteregierung in Ruhe ab.

Budapest, 3. April.

Die „Wortos Ujsag“ meldet, Laufen mit Sonderzug aus Wien 1200 Wiener in Budapest ein, um als Freiwillige in die ungarische Rote Armee einzutreten. Der beauftragte Kommissar für Heerwesen, Tibor Szamuely protestiert in den schärfsten Ausdrücken gegen den reaktionären Gerüchte, nach denen der Noterlaubnis zu Fländerungen erteilt worden sein soll. Diese Gerüchte seien völlig erlogen. Wer sie verbreitet, wird vor das Revolutionsgericht gezogen und streng bestraft werden.

Wien, 4. April.

Der „Neue Tag“ meldet aus Oedenburg: Gestern nachmittag kam es bei einer Versprechung im Kasino zwischen Bürgern und Kommunisten zu Zwistigkeiten. Mäßig erschien eine Anzahl Roter Gardisten und gab auf die Volksmenge zahlreiche Schüsse ab. Wäher wurden vier Tote, acht Schwere und mehrere Leichtverletzte festgesetzt. Abends wurden der frühere Gouverneur Deutsch-Weinmarns Szomdor und einige angesehenere Bürger Oedenburgs verhaftet.

## Die neuen Volkskommissare.

Budapest, 4. April. (B. L. B.)

Somit Meldung des ungarischen Telegraphen-Büros hat der revolutionäre Regierende Rat die Stellen der streikenden Volkskommissare aufgehoben und die Volkskommissariate folgendermaßen verteilt: Mitglieder des

Revolutionsären Regierenden Rates sind: Als Vorsitzender: Alexander Gorbai, für Jannets, Eisenbahn und Schifffahrt: Eugen Landler und Bela Vago, Landwirtschaft: Eugen Gomburger, Georg Richter und Karl Bantus, Heerwesen: Bela Kun, Wilhelm Boehm, Rudolf Fiedler, Anton Hausbrich und Bela Szanis, Justiz: Jolton Ronai und Stefan Szalai, Cessentlicher Unterricht: Egmund Runkl, Georg Lulacs, Alexander Szabados und Tibor Szamuely, Neuheerwesen: Bela Kun, Peter Agoston und Josef Bogany, Arbeiter-Angelegenheiten und Volkswahlhaft: Tesiber Wolanyi und Anton Gumb, Deutscher Volkskommissar: Heinrich Kalmar, Finanzen: Bela Szekely und Julius Bengel, Rumänischer Volkskommissar: August Stefan, Bergesellschaftliche Güter-Erzeugung: Eugen Vorza, Mathias Kalosi, Anton Doozal, Julius Dewesi und Josef Keien.

## Juristische Sabotage der Sozialisierung.

Braunschweig, 4. April.

In einer Klage des Vereins der Braunschweigischen Metallindustriellen gegen die braunschweigische Landesregierung, besonders gegen die Volkskommissare Oerter und Szardi, hat, wie die Braunschweigische Landesregierung berichtet, das Oberlandesgericht heute als Berufungsinstanz, nachdem das Landgericht eine begünstigte Klage abgewiesen hatte, entschieden: 1. daß die Verklagten der Firma Kamm, Giesede u. Koenigen, Aktiengesellschaft, den Schaden zu ersetzen habe, der ihr durch Aufhebung der Afforbarbeit und Einführung der Lohnarbeit unter Mithilfe der Volkskommissare Oerter und Szardi entstanden ist; 2. ist die Firma J. Ad. A. G., der Schaden zu ersetzen, der durch Einföhrung eines Betriebsrates, dem die Leitung des technischen und kaufmännischen Betriebes, sowie die Verteilung des Reingewinns übertragen war, entstanden ist. Das Urteil betont, daß ein derartiger Eingriff in die Rechte einzelner Firmen ungesetzlich sei und vor allem wider das Reichsgesetz verstoße. Die Regierung sei daher nicht befugt, auch nicht in Zukunft über das Reichsgesetz hinwegzugehen, das das Sozialisierungsrecht scharf umgrenze.

## Sozialisierung des Bergbaus in Bayern.

München, 3. April.

Ueber die Sozialisierung des Bergbaues in Bayern meldet die Korrespondenz Hoffmann: Im Einklang mit der Resolution des Sozialisierungsausschusses des Landtages hat der Minister die beschleunigte Fertigstellung der Vorarbeiten für die Sozialisierung des Bergbaues durch das Zentralwirtschaftsamt verfügt. Die Regierung ist fest entschlossen, mit der Sozialisierung Ernst zu machen und einerseits die planmäßige Gestaltung und Erzeugung von Wohnung, Nahrung und Kleidung in die Hand zu nehmen, andererseits aber auch im Interesse dieser Aufgabe gewisse Wirtschaftsbereiche unmittelbar im Unternehmen mit der Arbeiterschaft zu beherrschen.

## Nichtzusammentritt des bayerischen Landtags.

München, 4. April.

Der Zentralrat teilt mit: Paul Reitmanachrichten sollte am Dienstag, dem 3. April, der Landtag zusammentreten. Der Zentralrat hat sofort energetische Schritte unternommen, daß die Einberufung des Landtages rückgängig gemacht wurde. Der Zusammentritt unterbleibt deshalb.

## Die Gewerkschaften gegen den Belagerungszustand.

Wir erhalten folgende Aufschrift:

Die Abendausgabe der „Freiheit“ vom Donnerstag, den 3. April, enthielt an der Spitze eine Notiz, unterzeichnet von verschiedenen Gewerkschaften, nach welcher die Unterzeichner an den Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend den Antrag gestellt haben, epeeonete Schritte zur sofortigen Aufhebung des Belagerungszustandes zu unternehmen. Dazu erlauben wir uns folgende Feststellung: Bereits in der Sitzung des Ausschusses am Montag, den 31. März, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, wegen der Aufhebung des Belagerungszustandes mit den maßgebenden Behörden in Verhandlungen zu treten, und von dem Vorsitzenden des Ausschusses der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend sind schon vor Einauna des vorigen Antrages entsprechende Schritte unternommen worden.

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

H. A.: Körsten.

Der Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin, ersucht uns mitzuteilen, daß er sich dem Ausruf der Verbandsvorsitzende anschließt.

## Die Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 4. April. (Gobas) In der Kammer schlug Mainold gestern vor, am Freitag über den Antrag zu beraten, der die Regierung auffordert, die Entwaffnung Deutschlands zu erzielen. Der Antrag lautet:

Die Kammer, die entschlossen ist, die vollständige Entwaffnung Deutschlands zugehend zu erhalten, fordert die Regierung formell auf, in der Friedenskonferenz den Gedanken zu unterstützen und zur Annahme zu bringen, daß Deutschland weder eine Armee noch eine militärische Organisation noch irgendeine Art der Bewaffnung beibehalten darf, und daß in jedem der deutschen Staaten nur zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung die nötigen Polizei- und Gendarmeriekräfte bestehen bleiben.

Deschanel machte darauf aufmerksam, daß die Verfassung dem Parlament kein Recht verleihe, der Regierung vorher Grundfragen für Verhandlungen vorzugelassen. Wilson antwortete, daß die Regierung den verfassungswidrigen Charakter des Vorschlages nachprüfen müsse, daß sie aber im Grunde den Gedanken billige und entschlossen sei, eine durchgreifende Entwaffnung Deutschlands zu erzielen. Deutschland solle nicht mehr in der Lage sein, eine Unternehmung zu beginnen, für die es in vollem Maße verantwortlich sei, und die der Menschheit so teuer zu stehen kam. Die Regierung könne nunmehr von der Kammer volles Vertrauen verlangen. Er werde im Sinne des Antrages alles tun, diese Grundfrage durchzusetzen. Den Wünschen der Kammer solle entgegengebracht werden. Mainold erklärte sich für sehr befriedigt von den

Ausführungen. Sollte die Einseitigkeit der Kammer fest und (schloß mit der Bemerkung, daß eine Abstimmung unnötig sei, Weisfall.)

## Die ersten Lebensmittel aus dem Auslande.

Wie aus dem Reichs Ernährungsamt mitgeteilt wird, befinden sich die ersten Lebensmittel aus dem Auslande auf dem Transport in das Binnenland. 3000 Zentner amerikanischer Weizenmehl sind schon in Berlin eingetroffen; sobald größere Sendungen nachkommen, die in den nächsten Tagen erwartet werden, soll mit der Verteilung begonnen werden. Das Mehl, das feinstes Speiseauszugsmehl sein soll, wird freilich sehr teuer sein, nämlich mindestens 2.50 M. das Pfund. In Hamburg ist bereits detartiges Mehl verteilt worden, dort konnte es etwas billiger berechnet werden, nämlich mit 2.14 M. das Pfund. Es gibt dort vier Wochen hintereinander je 1/2 Pfund auf den Kopf. Bei den außerordentlich hohen Preisen dieses Mehls ist zu bezüchten, daß die minderbemittelte Bevölkerung auf den Kauf verzichten muß und daß der Vorteil der vergrößerten Rationen lediglich den besserstuitierten Kreisen zukommen wird.

Auch Speck und Fett ist schon unterwegs. Es ist in Aussicht genommen, daß jeder Verbraucher wöchentlich 125 Gramm Speck und 50 Gramm Fett erhält. Auch dafür sind die Preise außerordentlich hoch, sie betragen fast das Dreifache dessen, was man in Friedenszeiten dafür zu bezahlen hatte, nämlich etwa 6 M. das Pfund. Zuerst werden die Industriegebiete und die Städte über 50 000 Einwohner versorgt, erst später sollen die kleineren Ortschaften berücksichtigt werden.

Die Verteilung der ausländischen Lebensmittel soll, was ganz selbstverständlich ist, durch die Kommunen erfolgen. Wahrscheinlich wird man überall, wie jetzt in Berlin, eine besondere Lebensmittelkarte dafür einführen. Die Händlerpreise verlangen lebhaft, daß die Einfuhr und die Verteilung der Lebensmittel aus dem Auslande nicht mehr durch die staatlichen und kommunalen Körperschaften erfolgen solle, sondern daß man das dem „legitimen“ Handel überlassen möge. Bereits wird die Regierung mit „Kundgebungen“ aus diesen Kreisen befürt. Es wird damit der doppelte Zweck verfolgt, im Handel mit ausländischen Lebensmitteln einen recht großen Profit zu erzielen und außerdem dafür zu sorgen, daß das Preisniveau für sämtliche Lebensmittel durch das ausländische Angebot nicht herabgedrückt werde. Die Antwort auf dieses Begehren kann nur das sein, daß nun erst recht der Freihandel auf das geringst mögliche Maß beschränkt und die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung im weitestem Umfange durchgeführt wird.

## Der bulgarische Ueberfall auf Serbien.

Wien, 4. April.

Einer Dabameldung zufolge veröffentlicht die „Temps“ zwei bis jetzt nicht bekanntgegebene Dokumente, die die Tatsache der Vorbereitung des bulgarischen Angriffs auf Serbien bestätigen sollen. Das eine Dokument ist eine Mitteilung des bulgarischen Ministers des Aeußern an den österreichischen Botschafter in Sofia, Grafen Tarnowski, am 18. 10. 1918, folgenden Inhaltes:

„Um zu vermeiden, daß der Angriff gegen Serbien einer ungeordneten Sache gleiche, wird man heute abend oder morgen in einer unbewohnten Gegend einen Grenzzwischenfall hervorrufen.“

Das andere Dokument ist ein vom Grafen Tarnowski am 12. 10. von Sofia an die Regierung in Wien abgeandtes Telegramm, mit der Mitteilung des bulgarischen Gesandten, daß der gewünschte Grenzzwischenfall an der serbischen Grenze in Egene gescheit sei.

Temps erinnert daran, daß der angeblich durch einen Grenzzwischenfall hervorgerufene Angriff Bulgariens gegen Serbien am 12. 10. erfolgte, während Bulgarien erst zwei Tage später an Serbien den Krieg erklärte.

Die Leute, die kalten Blutes diesen Ueberfall auf Serbien in Szene setzten, waren die intimen Freunde und Verbündeten der Verbücherebande, die von Wien aus die Welt in Brand setzte.

## Bezirkskonferenz der U. S. P. D.

In Frankfurt a. O. fand am letzten Sonntag eine Konferenz der U. S. P. D. für den Agitationsbezirk I statt. Genosse Kohle schilderte die Verhältnisse, die aus den Nationalwahlen hervorgegangen sind. Der U. S. P. D. habe es bei der Agitation für den Wahlkampf an geeigneten Kräften gefehlt, während die Reichsagitation den ganzen Agitationsapparat spielen lassen konnten. Obwohl uns die Wahl im Regierungsbezirk Frankfurt nicht den gewünschten Erfolg gebracht habe, gehöre die Zukunft doch der U. S. P. D.

Genosse Kohle schlug hierauf vor, die für den Regierungsbezirk bestehenden 8 Wahlkreise mit ihren Organisationen bestehen zu lassen. Die einzelnen Ortsvereine sollen selbständig ihre Agitationsarbeiten und Kasseneingänge erledigen. Die Hausagitation sei wieder in die Hand zu nehmen. Zum Schlusse schilderte Genosse Kohle die unfaire Kampfwweise der rechtssozialistischen Presse, die unsere Behauptungen oft noch gekünstelter bekämpfte wie die bürgerliche Presse. Die „Märkische Volksstimme“ habe sich jetzt durch den Trud der Arbeitermassen eine etwas anständigere Schreibweise angeeignet. Eine eigene Presse sei unbedingt notwendig. Bei der Frage der Wiedervereinigung sei es unmöglich, einen anderen Standpunkt einzunehmen, als den, der durch das Revolutionsprogramm der U. S. P. D. gegeben sei.

Genosse Tschiderer wies darauf hin, daß in den Kreisen der Rechtssozialisten eine starke Gärung vorhanden sei. Die Arbeiterräte begannen auch dort, die Notwendigkeit des Rätesystems einzusehen. — Amwesend waren 32 Delegierte, die 18 Orte vertraten. Verschiedene Neugründungen von Ortsgruppen stehen bevor. Dem Bericht der Agitationskommission war zu entnehmen, daß unsere Bewegung im Einsenpo marschiiert. Die Entwicklung der U. S. P. D. hat das gehalten, was jeder Anfsichtige bei der Gründung vorausah. In die Bezirkskommission wurden die Genossen Mühl, Tschiderer, Landow, Spreck, Baumert, Heyne, Heine-mann gewählt. Die Maiertage wird dahingehend erledigt, daß es jedem Orte überlassen bleibt, die Veranlassungen selbständig, den einzelnen Verhältnissen angepaßt, wahrzunehmen. Gen. Mühl schritt dann noch die Jugendfrage an, die aber in Anbetracht der vorgezeichneten Zeit vertagt wurde.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wislitzky, Kuchhöfen. — Verlagsgemeinschaft „Freiheit“, s. a. m. b. H., Berlin. — Druck des Lindenbuckel und Bezugsverlag s. a. m. b. H., Schiffsbauamt 12.



**Vollversammlung der Berliner Soldatenräte.**

**Auch hier Entwicklung nach links.**

Die Soldatenräte Groß-Berlins hielten gestern im früheren Herrenhaus eine Sitzung ab. Sie ließ deutlich erkennen, daß auch unter den Soldaten in den letzten Wochen sich eine bedeutende Entwicklung nach links vollzogen hat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung leitete Wollenbuhr mit, daß die Mitglieder des militärischen Ausschusses, Star und Schmidt, ausgeschieden seien. Darauf gab Albrecht den Bericht der militärischen Mitglieder des Vollzugsrates.

Dieser soll von nicht auf fünf Mitglieder reduziert werden, um den Wünschen der kommunalen Arbeiterräte, drei Vertreter in den Vollzugsrat einzuschließen. Rechnung tragen zu können, ohne den Vollzugsrat vergrößern zu müssen. Der militärische Ausschuss habe bei dem Gouverneur von Berlin beantragt, daß ihm die Aufgaben eines Gouverneurssoldatenrates übertragen werde. Dies sei ihm auch zugestimmt worden; die Entscheidung darüber hätte indessen nur das Kriegeministerium zu treffen. Infolge der Eingliederung der Kommandantur in das Gouvernament sei auch der Kommandantur überflüssig geworden. Die Leitung der neuen Kommandantur, die von 26 auf 14 und später auf acht Abteilungen reduziert werden soll, liegt in den Händen des Major Kaupisch. Er habe den militärischen Ausschuss um Mitarbeit gebeten und ihm erklärt, daß er sich vollständig hinter der Regierung stelle und keine reaktionären Absichten hege. (Heiterkeit.) Eine Debatte über den Bericht wurde nicht geführt. Nach Änderungen der Geschäftsordnung nahm die Versammlung

Stellung zum Rätekongreß.

Wollenbuhr (S. P. D.), der das Minister hieß, führte aus, daß vor allem der Abbau des Militarismus und die Umwandlung unseres Heeres in eine Volkswacht angeordnet werden müsse. Dabei sollte man auch Rücksicht nehmen auf die wirtschaftliche Existenz der Berufsoldaten. Die Forderungen, die in dieser Hinsicht der Nationalverband der Offiziere aufgestellt habe, seien mit der Schaffung eines demokratischen Heereswesens unvereinbar. Redner wandte sich dann gegen die Entwaffnung des Augustiner-Regiments, deren Notwendigkeit er nicht einsehen könne. Auf dem Rätekongreß müßten auch die Interessen der Kriegsgeschädigten wahrgenommen werden. Ihnen muß eine ausreichende Rente (Zuruf: Ein General erhält 10 000 M.) und die Möglichkeit der Schaffung einer Heimstätte gesichert werden, um ihre körperliche Minderleistung wieder herzustellen.

Bei der Neuordnung des Heeres sei zu beachten, daß die Soldaten keine Polizeibeamten werden dürfen. Ein Reichsheer kann nur begründet werden auf der allgemeinen Wehrpflicht des Volkes, nicht auf dem Soldatenwesen. Auch im neuen Heere würden von den Führern sachliche Kennnisse verlangt werden, darum sollte man nicht alle Offiziere kategorisch beurlauben. Die neuen Führer müßten aber auch politisch geschult sein. Wir werden auch später militärische Bildungsanstalten gebrauchen, die aber keine Trillanketten sein dürfen. Wenn das Heer nach diesen Grundrissen aufgebaut würde, dann könnten wir auf die Soldatenräte verzichten. Die Militär muß auch im künftigen Heere festgehalten werden (Widerspruch), das heißt nicht, die politische Beschäftigung der einzelnen Soldaten zu unterbinden. Redner kommt dann auf die

Unruhen während des Generalsstreiks

zu sprechen und meint, die Berliner Truppen hätten bei der Bekämpfung der Plünderer versagt. Redner schloß seine oft starken Widerspruch hervorgerufenen Ausführungen, der Hoffnung Ausdruck gebend, daß es gelingen werde, alle Soldaten und Arbeiter auf einer Basis zu vereinigen. (Beifall.)

Stolz (U. S. P. D.) erklärte zu den Ausführungen Wollenbuhrs: Daß zur Unterdrückung der Unruhen die Berliner Truppen nicht herangezogen worden seien, ist die Schuld Wollenbuhrs. Habe sich Wollenbuhr doch dafür verdient, daß die 10 000 Mann starke Republikanische Soldatenwehr genüge, um für die Sicherheit zu sorgen. Gäbe Wollenbuhr diese Zustimmung nicht gegeben, so würde der militärische Ausschuss die Berliner Truppen alarmiert und auch die Arbeiter aufgerufen haben, um die Ruhe herzustellen. (Bravo und Zurufe: Das wollte man ja gerade nicht!)

Auch Albrecht (U. S. P. D.) wandte sich gegen Wollenbuhr. Der militärische Ausschuss habe noch zur rechten Zeit Verhandlungen mit Räte geschlossen. Dieser habe aber den Vorteil erlitten, daß jetzt ein Soldat die Straße betreten dürfe, da die Regierungstruppen im Anmarsch seien. Jeder Soldat auf der Straße würde als Gegner der Regierungstruppen angesehen und behandelt werden. Die Berliner Soldaten und Arbeiter wären wohl zustande gewesen, die Ruhe aufrecht zu erhalten, wie es ja auch teilweise geschehen sei. Redner wies auf Panlow, Neufuß und Mitteldeutschland hin. Aber es gäbe Parteien bei uns, die zur Verbittertheit im Vertrauen haben, aber um so mehr zu den Militärischen und dem Bürgerium. (Lebhafte Zustimmung.)

Als die Berliner Soldatenräte sich für die Wahrung der Nationalversammlung verkündeten, prahlen die Reichssozialisten dies als einen großen Erfolg. Jetzt, wo sich die Früchte der Nationalversammlung zeigen, sei eine andere Beurteilung der Nationalversammlung einzuwirken. Redner wies auf das Reichswehrgesetz hin, das das Ziel der rechtsgültigen Wehrpflicht sei. Auch durch Demokratie zum Sozialismus, sondern durch Sozialismus zur Demokratie, ist unsere Auffassung. Solange der Kapitalismus herrsche, könne von einer wahren Demokratie keine Rede sein. Was das Ziel sei, erziele sei, brauchen wir Arbeiter- und Soldatenräte. Aber sie müssen auch die Macht haben, um ihre Aufgaben, die Kontrolle der Behörden, ausführen zu können. Redner legte folgende

Resolution der U. S. P. D.-Fraktion vor.

Die Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins am 4. April 1919 erklärt ihren schärfsten Unwillen über die Entwicklung der militärischen Verhältnisse Deutschlands seit dem ersten Märzkonreß. Sie ist der Meinung, daß der wesentliche Grund für diese Entwicklung darin zu suchen ist, daß die vom ersten Rätekongreß einstimmig beschlossenen „Sieben Hamburger Punkte“ seitens des Rates der Volkbeauftragten und des Senats der deutschen sozialistischen Republik in vollständig verfasslicher Form als Gesetz über die Neuordnung der Kommando-gewalt im Reichsheer vom 19. Januar 1919 zur Ausführung gelangten. Ein weiterer wesentlicher Grund ist die offene Sabotage, welche das Kriegeministerium gegenüber den von der Reichskonferenz der Korpsoldatenräte vom 4.—6. Februar 1919 gefassten Beschlüssen bezüglich der Neuorganisation, des Reichsoldatenrates und der Verlegung für die Freiwilligenformationen gelassen hat. Die Soldatenräte Groß-Berlins fordern:

- 1. Aufhebung des Gesetzes vom 19. Januar 1919.
- 2. Umgehende und reifliche Durchführung der Sieben Hamburger Punkte.
- 3. Sofortige Schaffung einer auf rein demokratischer Grundlage beruhenden revolutionären Arbeiterwehr.
- 4. Reifliche Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
- 5. Sofortige Entlassung aller noch in Deutschland festgehaltenen Kriegsgesangenen.

- 6. Gleichstellung der noch jetzt in den Lazaretten liegenden Opfer des Weltkrieges mit den Krankengeschädigten der Freiwilligen-Verbände durch rückwirkende Zahlung der täglichen Wohnungsdifferenz von 3 Mark.
- 7. Verbot aller Freiwilligen-Verbänden, Inzerate und Plakate. Soweit Einzelaktionen notwendig sind, haben dieselben lediglich durch die militärischen Dienststellen, General-Kommandos, Bezirkskommandos usw. unter Kontrolle der zuständigen Soldatenräte stattzufinden.
- 8. Aufhebung der Verfügung des Demobilisationsamtes vom 13. November 1918, wonach die Familien der noch nicht heimgekehrten Heeresangehörigen finanziell viel schlechter gestellt sind als die mit Erwerbslosenerhaltung bedachten Frauen.
- 9. Sofortige Entlassung aller gegen ihren Willen im Heere festgehaltenen Mannschaften, Mannschaften, die infolge ihrer Weigerung noch weiter mit der Waffe dienst zu leisten, festgesetzt wurden, sind sofort zu entlassen.
- 10. Einstellung aller Rüstungsarbeiten, Rüstungsplanung aller Aufräge auf Tante usw. und Umstellung aller militärischen Betriebe auf Friedensarbeiten.

Zur Begründung der Entschließung führte Albrecht unter anderem an, daß trotz aller Anwerbungen für die Freiwilligenkorps im Osten Zwangsmaßnahmen

stattfinden. Die Soldaten, die sich weigern, werden in die Gefängnisse geworfen.

In der Diskussion wurde klage geführt, daß die Soldaten in den Lazaretten, die mehrere Jahre im Feinde geblieben hätten,

**Vorbereitung der Delegierten der U. S. P. D. zum 2. Rätekongreß!**

Die Delegierten zum 2. Rätekongreß, die Mitglieder der U. S. P. D. sind, werden gebeten, so zeitig in Berlin einzutreffen, daß sie an einer Vorbereitungsversammlung teilnehmen können, die

Montag, den 7. April, vormittags 10 Uhr,

im Sitzungszimmer des Vollzugsrates, in den Besten 23 (in der Mitte zwischen Reichstag und Leichter Bahnhof, am Tiergarten), stattfindet.

Das Generalkomitee der U. S. P. D.

1. M. Wohnung pro Tag erhalten, während die Regierungssoldaten 8 M. bekommen. Ein Vertreter der Bürgertruppen wies auf das Wohlstandsgesetz der Reichswehrgesetz hin. Das Heeresgut werde oft zu Spottpreisen

an Schieber und Händler

verkauft, die damit grobhartige Geschäfte machen. Für 1 Meter Leinwand von Huggen bei -weise werde 1,25 M. verlangt, während die Händler es für 15 M. wiedererkaufen. Mehrere Redner wandten sich gegen den wieder ausfindenden Heeresgut der Militärs und der Regierungspersonen. Der Resolution wurde im allgemeinen zugestimmt, selbst Kandi, der Vorsitzende der S. P. D.-Fraktion, erbob nur gegen einige Einzeländerungen. Er beantragte die Einsetzung einer Kommission zur Abänderung der Resolution, um eine einmütige Kundgebung zu erzielen. Peterdort erklärte, daß die U. S. P. D.-Fraktion sich an einer solchen Kommission nicht beteiligen werde. Darüber entstand eine große Unruhe. Schließlich gelang es dem Vorsitzenden Albrecht (U. S. P. D.), eine Kommission zustande zu bringen. Nach kurzer Beratung schloß sie folgende Änderungen der Resolution vor:

In ersten Abschnitt soll der Satz über die Werbung für die Freiwilligenformationen gestrichelt und vor den Worten „den von der Reichskonferenz der Korpsoldatenräte“ die Worte „alle Soldatenräte“ eingefügt werden. Die Forderungen 1 und 2 sollen folgende Fassung erhalten:

Aufhebung der gesamten Erweise einschließlich der Freiwilligen-Korps und Abänderung des Gesetzes vom 19. Jan. 1919 im Sinne der 7 Hamburger Punkte. Im 3. Abschnitt soll an Stelle der Worte „revolutionäre Arbeiterwehr“ gesetzt werden: „die Eigenschaften der Revolution zu führenden Volkswehr.“

Die Resolution wurde mit diesen Änderungen einstimmig angenommen. Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, der die Abhebung des Generalsmajors Kipping, Heidegger, verlangt, der als ein Edelmütiger der Konterrevolution bezeichnet wurde.

**Gewerkschaftliches.**

**Der Streik in der Metallindustrie.**

In der Bewegung der Beamten der Metallindustrie wurde auch gestern fort den ganzen Tag verhandelt. Die Verhandlungen, die auch heute im Clementenhaus vor sich gingen, wurden auf dem Boden der neuen Forderungen geführt. Die Vertreter der Angestellten erklärten einstimmig, daß sie eine andere Verhandlungsbasis ablehnen müßten, da sie in dieser Beziehung keine anderen Aufträge bekommen hätten. Die um 11 Uhr vormittags vertagten Verhandlungen des Schlichtungsausschusses sind um 14 Uhr wiederum aufgenommen worden. Es wurden zunächst Vorschläge bezüglich des neuen Wochenlohnanschlages und der prozentualen Steigerung erörtert. Nach den bisherigen Beratungen ist die Aussicht auf eine baldige Verständigung noch sehr gering.

Der Streik dehnt sich langsam weiter aus. Nach den Listen der an dem Streik beteiligten Organisationen haben über den Streik 41 500 Beamte abgestimmt. Die Abstimmungsbeiträge betrug 90 Prozent. Nach den budmäßigen Bestimmungen am Freitag nachmittags waren rund 45 000 Angestellte am Streik beteiligt, die sich auf 120 Betriebe verteilten. Abbröckelungen vom Streik sowie Streikbrüche sind bisher nirgends beobachtet worden. Eine Vereinigung für Handel und Industrie hat 70 Leute an, die bereit seien, die Arbeitsplätze von Streikenden einzunehmen, wenn man sie für zwei Jahre verpflichtete und nach jeder Richtung hin schützen werde. Es verlaute nichts darüber, ob das Angebot angenommen worden sei.

Sympathiestreik der Arbeiter sind noch nicht zu verzeichnen. In einigen Betrieben, wo in Verbindung mit dem Beamtenstreik auch Arbeiter den Betrieb verlassen haben, ist diese Arbeitseinstellung darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter ohne die Billigkeit der Beamten ihre Tätigkeit nicht fortsetzen konnten. Zu den bereits genannten Berliner Betrieben, in denen dieser Fall eingetreten war, sind noch die Firmen Daimler und Stod in Marienfelde hinzuzunehmen.

Western nachmittag 2 Uhr fand im Sportpalast eine Versammlung der Streikenden statt, die bereits vor Beginn stark überfüllt war. Ueber die Lage berichteten namens der Streikleitung Gram, Friß Schmidt, Gubly und Weindberg. Die Versammelten brochen in der Diskussion und auch in der angenehmen Entscheidung zum Ausdruck, daß sie an den von der Streikleitung aufgestellten Forderungen festhalten wollen und insbesondere auf keinen Fall bereit sind, auf das Mitbestimmungsrecht des Angestelltenausschusses zu verzichten.

In unserer gestrigen Morgennummer hatten wir berichtet, daß die Maschinenfabrik Oberkasselerode A. G. sämtliche Arbeiter entlassen hat. Das ist, wie uns mitgeteilt wird, nicht der Fall.

Zentral-Streik-Leitung. Die Notiz in der „Vollständigen Zeitung“, wonach Kollegen in solchen Betrieben, wo die alten Forderungen hinsichtlich der Teilnahme am Streik nicht angenommen werden sollen, ist dahin aufzuheben, daß die Streikleitung grundsätzlich einen Zwang zur Teilnahme an dem Streik nicht ausübt. Dort, wo die Teilnahme an dem Streik für erwünscht erachtet, empfiehlt sie dieses, überläßt es aber im übrigen den Kollegen selbst, darüber abzusprechen ob sie sich am Streik beteiligen oder nicht.

Um Zeitverlust zu vermeiden, weist die Streikleitung darauf hin, daß lediglich der Betrieb der Berliner Metallindustriellen betroffen wird. Angestellten, deren Firma nicht bei diesem Verbände ist, empfehlen wir, ihre Teilnahme am Streik von der Zustimmung der Streikleitung abhängig zu machen.

Für die Streikleitung: Sawitz.

Deutsche Kaffee G. V. Coera, Friedenau, Streikleitung: Restaurant Gubly, Friedenau, Rheinstraße 21. Gegenüber dem Hauptwerk, Telefon Pfalzburg 3822. Zusammenkunft der Vertrauensmänner jeden Morgen 10 Uhr. Auskunft dort jederzeit von morgens 8 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Ordnung n. Kopp, Arthur Koppel A. G. Sonntag vormittags 11 Uhr Vollversammlung im Streikhof Wilhelmshof, Andorfstr. 12. Vollständiges Erscheinen sämtlicher Kolleginnen und Kollegen dringend erforderlich.

**Die Nachtprobe.**

Uns wird geschrieben:

Herr v. Siemens habe heute gelegentlich einer Verhandlung mit den Angestellten, daß es sich nach seiner Meinung bei dem jetzigen Streik der kaufmännischen und technischen Angestellten der Metallindustrie nur um eine Nachtprobe handle. Seine Ansicht ist zutreffend. Das beweist schon die noch am Mittwoch vormittag vom Direktor Heinrich Siemens-Schudert-Werke gefasste Auserkunft, daß jeder Streikende sich für 24 Stunden entlassen werde. Demnach dürfte es sich tatsächlich um eine Nachtprobe und zwar des Kapitals — nicht der Angestellten — handeln.

Herr Dietrich ist übrigens der gleiche Herr, der im Januar d. J. als 6-8 Sportarten eines Tages die sofortige Räumung des Verwaltungsgebäudes der Siemens-Schudert-Werke verlangte, sich als einer der ersten aus dem Staube machte, seine Angestellten jedoch in größter Gemütsruhe ihrem Schicksal überließ. Ja, „Mut zeigt auch der Rämeln“, besonders gegenüber wehrlosen Angestellten. Sollte nicht die Vertreibung dieses Herrn, der sich von jeder die Anbelangung seiner Angehörigen zur Aufgabe machte, aus der Verwaltung der Siemens-Schudert-Werke möglich sein?

Wenn Herr v. Siemens der Ansicht ist, daß die Großindustrie die neue Verfassung infolge der Gehaltssteigerungen nicht mehr aushalten kann, dann wäre die einfachste Lösung der ganzen Frage, daß abschließend die Sozialisierung der betreffenden „Kapital-schwachen“ Betriebe durchgeführt wird.

Im übrigen gäbe es auch noch ein einfaches Mittel, die Berliner Metallindustrie zur Einflucht zu zwingen. Ein großer Teil der Firmen hebt noch mit verschiedenen militärischen Beschaffungsstellen wegen der Endabrechnung ihrer Munitionslieferungen in Verbindung. Wenn es den Streikenden gelingen würde, ihre Kollegen, die Angestellten bei diesen Beschaffungsstellen, zu einem solidarisches Vorgehen zu bewegen und damit die Tätigkeit bei diesen lahmzulegen, dann würden sich die Berliner Metallindustriellen ihre Stellungnahme gegenüber den berechtigten Forderungen ihrer Angestellten wohl überlegen.

Wahrscheinlich entschließt sich die Reichsregierung, den von dem Streik betroffenen Firmen die Sperrung ihrer Schlußabrechnungen in Aussicht zu stellen. Aber darauf werden die Angestellten wohl vergeblich warten, denn, wie die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, vertritt die augenblickliche Regierung — ebenso wie die frühere — ausschließlich die Interessen des Großkapitals, der Großindustrie und des Großgrundbesitzes. Das Proletariat ist nach wie vor Regierungsobjekt; und darf nach altem Muster wehrlich ausgebeutet werden.

**Lohnbewegung der Friseurgehilfen.**

Der Verband der Friseure, Ortsverwaltung Berlin, beschloß sich in einer gutbesuchten Mitgliedsversammlung am Donnerstag zunächst mit dem Verbandstag. Der Verbandsvorsitzende Fickorn, der das Referat erstattete, besprach die Fragen der Durchführung des Jubiläumstages, der Sonntagsträgerei, des Lehrlingslohnens und der sachlichen Ausbildung, mit denen der Verbandstag sich zu befassen habe. Die Resolution habe auch die Friseurgehilfen aus dem Schlafe erweckt. Während der Verband vor dem Krieg 2000 Mitglieder zählte, besitze er gegenwärtig 1000. Zum Verbandstag wurden zwei Anträge angenommen, die eine Hochbeilage für die Friseurgehilfen-Zeitung und eine Konferenz der Damenfriseurinnen fordern.

Darauf berichtete Dietrich über die Verhandlungen zur Schaffung eines Tarifvertrages mit den gesamten Geschäftsinhabern. Die Meister schlagen als Grundlohn 66.— M. pro Woche vor. (Zurufe: Hungerlohn.) Einen Unterschied zwischen jüngeren und älteren Kräften wollen die Meister im Lohn nicht anerkennen. Für Ausbilden wollen sie einen Wochenlohn von 66.— M. und Stundenlohn von 1,75 M. betreiben. Die Lohnkommission hatte gefordert für Herrenfriseur: 1. Kraft 96.— M. Wochenlohn, 2. Kraft 70.— M., für Damenfriseur: 1. Kraft 110.— M., 2. Kraft 90.— M., für Damenfriseur: 1. Kraft 90 M., 2. Kraft 70.— M., für Ausbilden wurden 60.— M. Wochenlohn verlangt. In der ausführlichen und teilweise erregten Diskussion wurden die Vorschläge der Meister allgemein verworfen. Aber Annahme würde zur Reduzierung der sogleich vorhandenen höheren Löhne führen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß in vielen Geschäften der Schönheitspflege mittel mit einem Gewinn bis zu 100 Prozent verkauft werden. Der Jubiläumstag sei fast nirgends durchgeführt. Die Lohnkommission wurde beauftragt, auf der Grundlage der Gehaltsforderungen die Verhandlungen mit den Geschäftsinhabern fortzuführen.

Die Angestellten des Gelsenl., Gas- und Wasserbrauchs ver sammelten sich am Montag, den 7. April, abends 7 Uhr, zu einer

